

# Achtung Satire!

## Die neue Ischinger-Jugend-Briefmarke



## Und hier das zugehörige Interview:

Schwäbisches Tagblatt 7.10.2011

### Militärische Gewalt nur als letztes Mittel

**Der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz und Tübinger Honorarprofessor Wolfgang Ischinger will die Diskussion mit seinen Kritikern**

**Gegen die Berufung des ehemaligen Botschafters Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor bei den Politologen gibt es Widerstand. Kritiker fordern die Abberufung des Diplomaten, da seine Lehrtätigkeit gegen die Zivilklausel verstoße. Ischinger hält die Vorwürfe für absurd – und fühlt sich zu Unrecht angegriffen.**

**TAGBLATT:** Herr Ischinger, Sie sind seit dem Sommersemester Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft. Wie kam es dazu?

Wolfgang Ischinger: Ich bin ursprünglich von Professoren der Universität angesprochen worden. Im Sommersemester 2011 habe ich in Tübingen eine erste Lehrveranstaltung abgehalten. Davor hatte ich auch schon an der Münchner Universität unterrichtet.

**Was wollen Sie denn den Teilnehmern vermitteln?**

Ich möchte Erfahrungen aus über 35 Jahren internationaler Diplomatie weitergeben und den Studenten Einblicke vermitteln, wie Regierungen, Parlamente und internationale Institutionen in internationalen Verhandlungen und Krisensituationen agieren. Wir untersuchen anhand von konkreten Fällen, woran es liegen kann, wenn es beispielsweise nicht gelingt, den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Brauchen wir bessere internationale Institutionen, brauchen wir ein anderes Völkerrecht, wo hat die europäische Politik versagt? Wo hat das internationale System gut funktioniert? Warum? Es geht um die Mechanismen internationaler Diplomatie im 21. Jahrhundert. Wir stehen vor großen Herausforderungen in der Weltpolitik. Wir müssen

mehr für die nukleare Abrüstung tun. Ich halte das für ein besonders wichtiges Ziel. Es droht die unkontrollierte Verbreitung nuklearer Waffen. Das wäre eine dramatische Entwicklung für die globale Sicherheit und Stabilität. (...)

**Pazifisten kritisieren, dass Sie der Münchner Sicherheitskonferenz vorstehen, dem bedeutendsten Treffen von Sicherheitspolitikern, Rüstungslobbyisten und Militärs. Sie fordern Ihre Abberufung, weil durch Ihre Lehrtätigkeit die Zivilklausel verletzt werde.**

Das ist nun wirklich ganz absurd. Ich habe mich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt. Mein Eindruck ist, dass da – ohne Prüfung der Fakten – einfach Feindbilder aufgebaut werden. Für das Pflegen solcher Feindbilder sollte jedenfalls an der Uni Tübingen kein Raum sein. Die weltweit hoch angesehene Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz ist doch keine Veranstaltung von oder für Rüstungsfirmen. Warum kommt wohl der UNO-Generalsekretär oder

der Weltbankpräsident nach München? Jedes Jahr kommen dort etwa 350 hohe Politiker, Staatsoberhäupter, Professoren, Unternehmenschefs, Diplomaten und Militärs zusammen – übrigens sogar Vertreter der Linkspartei – um sich mit aktuellen Krisen und Strategien zur Verhinderung und Beilegung von Konflikten zu befassen. Und alles ist öffentlich, über 400 Journalisten berichten regelmäßig über die Tagung. Der Anteil der Vertreter der Rüstungsindustrie im Konferenzsaal liegt unter fünf Prozent. (...)

**Ihre Abberufung wird auch deswegen gefordert, weil Sie sich wiederholt für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen haben.**

Wirklich? Wenn das ein Grund zur Ab- oder Nichtberufung wäre, träfe diese Logik auch auf viele Grüne im Bundestag zu, die kürzlich einen militärischen Einsatz in Libyen befürwortet haben. Und was ist denn mit dem Einsatz von Soldaten im Rahmen von UN-Friedensmissionen? Es ist doch gerade das Ziel solcher Missionen, der Bevölkerung in Krisengebieten eine friedlichere Zukunft zu ermöglichen. Entspricht das denn nicht dem Gedanken der Zivilklausel? Die Anwendung militärischer Gewalt ist nie unproblematisch und darf immer nur Ultima Ratio sein – aber die Welt, in der wir leben, ist leider kein friedliches Paradies. Es ist eine Welt mit Diktatoren, nuklearer und konventioneller Aufrüstung, mit schrecklichen Bürgerkriegen, Piraten und Terroristen. Da erscheint die Anwendung militärischer Macht manchmal – leider – unumgänglich, um Frieden wiederherzustellen. Deshalb ist die Bundeswehr auch nicht auf einmal überflüssig geworden. Ich bin gerne bereit, über diese Fragen jederzeit mit denen zu diskutieren, die sich in eine sachliche Debatte trauen. Wer Frieden predigt, gleichzeitig aber Feindbilder zelebriert und Dialog verweigert, macht sich aber doch unglaubwürdig.

**In einem Aufsatz haben Sie sich für eine Einschränkung des Parlamentsvorbehalts bei manchen Truppeneinsätzen im Ausland eingesetzt.**

Natürlich muss die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleiben. Die Frage der Vereinbarkeit des besonders umfassenden deutschen Parlamentsvorbehalts mit dem Ziel größerer europäischer Handlungsfähigkeit ist aber ein schwieriger verfassungspolitisches Thema, das in Berlin kontrovers diskutiert wird. An dieser Diskussion beteilige ich mich als überzeugter Anhänger der europäischen Idee. (...)

**An der Universität Tübingen beginnt am 18. Oktober eine Ringvorlesung zur Zivilklausel. Der Auftaktredner übte heftige Kritik an den Organisatoren der Reihe, auch im Zusammenhang mit Ihrem Seminar, schließlich wurde er eingeladen. Verfolgen Sie die Diskussion?**

Ja, so gut ich kann. Ich bedaure sehr, dass es zu solchen Kontroversen kommt. Warum kann über die Zivilklausel nicht ganz sachlich diskutiert werden? Und warum sollte denn ausgerechnet mein Seminar über Krisendiplomatie im Widerspruch zur Zivilklausel stehen? Was mich selbst und die Münchner Sicherheitskonferenz angeht, stelle ich mich – wie gesagt – gerne jeder inhaltlichen Debatte.

**Was sagen Sie denn dazu, dass das Verteidigungsministerium Auftragsforschung an öffentlichen Universitäten machen lässt?**

Soweit die Finanzierung transparent stattfindet, sehe ich daran nichts prinzipiell Anstößiges. Wäre an deutschen Hochschulen solche Forschung kategorisch ausgeschlossen, würde das bedeuten, dass deutsche Steuergelder hierfür nur an privaten Instituten oder im Ausland ausgegeben werden könnten. Wollen wir das? Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass es beispielsweise das Internet ohne militärische Forschung nicht geben würde. Solche Forschung, wie hier in Tübingen beispielsweise über die Behandlung bestimmter Vergiftungen, kommt meines Wissens außerdem im Prinzip allen zugute – nicht nur der Bundeswehr.

**Transparenz bedeutet auch, dass die Ergebnisse veröffentlicht werden müssten und die Projekte nicht unter Geheimschutz stehen?**

Vor allem müssen Ross und Reiter bekannt sind. Es muss klar sein, wer den Auftrag vergibt – ob es die Bundesregierung ist oder etwa ein Unternehmen. Diese Transparenz sollte an vom deutschen Steuerzahler finanzierten Einrichtungen herrschen. Ob und wie Ergebnisse solcher Forschung zu veröffentlichen sind, kann ich nicht beurteilen. (...)

**Die Fragen stellte Jonas Bleeser**

**Leserbriefe dazu für Tagblatt:**

Passend zum Jahrestag zehn Jahre Afghanistan-Krieg. „Fünf Milliarden Euro hat die Militäroperation Deutschland bisher gekostet, 52 deutsche Soldaten kostete sie das Leben“, schrieb „Der Spiegel“ am 5.9.2011. „Einem deutschen Oberst lastet ein Massaker unter afghanischen Zivilisten auf dem Gewissen.“ Das Nachrichtenmagazin schildert, wie die damalige „rot-grüne“ Bundesregierung in diesen angeblich „alternativlosen“ Krieg hinein gezogen wurde: mit der Behauptung, es sei jetzt „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA gefordert. Das war indessen „eine deutsche Erfindung. Andere waren vorsichtiger.“ Im Drahtbericht „nr 1467“ des damaligen Botschafters Wolfgang Ischinger aus Washington fand sich erstmals dieses Begriffspaar von seinen Mitarbeitern ersonnen. Der Botschafter betätigte sich also damals - buchstäblich und im Wortsinn als Kriegstreiber.

Herr Ischingers Wahrheitsministerium redet jetzt Klartext: „Krieg ist Frieden!“ (George Orwell „1984“). DAS soll der Sinn einer wie er sie absichtsvoll nennt „Friedensklausel“ sein, wie die Uni Tübingen sie sich gegeben hat. Das Anliegen der Studierenden, die im Bildungsstreik 2009 eine solche Selbstverpflichtung forderten, das Anliegen der Gewerkschafter, die dafür vor 20 Jahren kämpften, wird auf dem Kopf gestellt. (...)

Herr Ischinger äußert nicht irgendeine Meinung. In Kenntnis dessen, wofür er steht, hat die Universität Tübingen ihn nach Inkrafttreten ihrer Zivilklausel zu einem Mann der Wissenschaft, zu ihrem Honorarprofessor geadelt. Das

**Zivilklausel schützen!  
Honorarprofessor  
Ischinger beenden!**

**Eine-Welt-Haus 3.7.2009 München  
Protest gegen SiKo-Chef Ischinger**



**Nicht überall willkommen!**

sind die vorab geschaffenen Fakten. Die an wirklich ziviler Forschung und Lehre Interessierten sollen darüber zwar noch diskutieren dürfen. Nur ihren exponiertesten und erfahrensten Vertreter hat man eingeladen. Aber an solchen Fakten soll nicht mehr zu rütteln sein. (...) „Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt! (...) Was Herr Ischinger treibt, ist mit diesem Grundsatz unvereinbar. Dieser Mann braucht keine Honorarprofessur, um über seine Thesen diskutieren zu können. Wenn sie nicht von den Verantwortlichen der angekündigten Ringvorlesung zurückgewiesen werden, sondern diese Denkweise als Normalität im Universitätsalltag verankert werden soll, macht jene Veranstaltung sich selbst überflüssig.

Lothar Letsche 7.10.11 (**nicht veröffentlicht**)

**Olivgrün** (...) Wer das Tagblatt-Interview im Kontext mit der Auseinandersetzung um die Zivilklausel „Lehre, Forschung und Studium für friedliche Zwecke“ gründlich liest, kann jetzt besser verstehen, warum Wolfgang Ischinger als Honorarprofessor bestellt worden ist. Er ist der spiritus rector für die Orwell'sche Auslegung der Zivilklausel als olivgrüne „Friedens“-Klausel. Diese soll in der Ringvorlesungsreihe (Titelvorschlag „Krieg ist Frieden“) populär gemacht werden. [Das was in Schulen von

Bundeswehr-Jugendoffizieren erledigt wird, wollen er und seine Gehilfen aus dem Institut für Politikwissenschaften als Kooperationsvereinbarung für die Hochschule durchsetzen: Unterstützung von Angriffskriegen, Auslandseinsätzen und Rüstungs-

forschung für die Bundeswehr als Friedensbeiträge. *Passage im Tagblatt gekürzt*  
Empört Euch! Informiert Euch über die Alternativen zur Militarisierung im landesweiten Zivilklausel-Kongress am 28./29. Oktober in Tübingen. Der ver.di-Bundeskongress hat kürzlich Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert und unterstützt alle Uni-Angehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.

Dietrich Schulze 11.10.11 (**veröffentlicht 15.10.11**)

Mehr in der Web-Dokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten  
<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

**Anlage:** „Krieg ist Frieden – Uni Tübingen forscht fürs Militär – trotz Zivilklausel“ von Matthias Rude

# Krieg ist Frieden

## Die Universität Tübingen forscht fürs Militär – trotz Zivilklausel

Die grüne Universitätsstadt Tübingen bekommt langsam ein Imageproblem: Sie wird im öffentlichen Bewusstsein zunehmend mit Militärforschung und Tierversuchen assoziiert. „Frieden schaffen mit Chemiewaffen“ und „Forschen für die Bundeswehr“ titelte vor kurzem die *taz*.

Der Hintergrund: Die Eberhard Karls Universität beteiligt sich an Militärforschungsprogrammen – obwohl eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität dies eigentlich verbietet. Die Klausel wurde im Rahmen der studentischen Proteste im Winter 2009/10 erkämpft und lautet: **„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“** Doch: „Die Zivilklausel interessiert die Uni überhaupt nicht“, urteilte jetzt die in Tübingen ansässige *Informationsstelle Militarisation (IMI)*.

Im Auftrag des Verteidigungsministeriums wird zu Lärmtraumata, zu Organophosphaten und zur Wirkung nuklearer Strahlung auf Körperzellen geforscht. Zudem liefert die Universität Komponenten für sogenannte „µDrones“ ([www.ist-microdrones.org](http://www.ist-microdrones.org)), Überwachungsdrohnen für Militär und Polizei – trotz Zivilklausel.

Im Rahmen dieser Forschungen werden auch Tierversuche durchgeführt. Als „Tierversuchsstadt“ ist Tübingen ohnehin schon verschrien – an gleich drei Instituten werden dort Experimente an Primaten durchgeführt, wie sie in den letzten Jahren in München, Berlin und Bremen von den Behörden nicht mehr erlaubt worden sind; seit Januar 2009 richtet sich eine Kampagne gegen diese Affenversuche, am 18. Oktober will der Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ der neuen rot-grünen Landesregierung von Baden-Württemberg die gegen sie gesammelten Unterschriften übergeben.



Wolfram P. Kastner Abbild 1982-83 [www.ikufo.de](http://www.ikufo.de)

Doch damit nicht genug: Nun machte die Universität ausgerechnet Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft. Der ist u.a. Organisator der Münchner *NATO-Sicherheitskonferenz*, bei der internationale Sicherheitspolitiker vorgeblich den „Frieden durch Dialog“ mit Militärs und Rüstungsindustriellen fördern wollen. Schon im April wurde der Militärstrategie bei einem öffentlichen Auftritt in der Tübinger Universität von Antimilitaristen am Reden gehindert. Per Interview mit der Lokalpresse versucht er daher momentan rechtzeitig vor Beginn des Wintersemesters sein Image aufzupolieren und stilisiert sich zum Fürsprecher von Abrüstung und Friedenspolitik. Dabei hat *Der Spiegel* erst im September seine Rolle als Kriegstreiber nach dem 11. September 2001 aufgedeckt: „Die uneingeschränkte Solidarität war eine deutsche Erfindung. Es gab Antreiber auf deutscher Seite“, schrieb das Nachrichtenmagazin – einer davon war Ischinger, damals Botschafter in Washington: Sein Büro habe „diese Formulierung erfunden“.

In einer Ringvorlesungsreihe im anstehenden Semester soll „weiter über den Krieg palavert werden“ – so Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des durch eine Zivilklausel gebundenen Forschungszentrums Karlsruhe mit fundierten Erfahrungen zum Thema. Er war als Auftaktredner der Vorlesungsreihe vorgesehen – so lange, bis er Kritik an den Rüstungsforschungsprogrammen und der Vergabe der Honorarprofessur übte. Kurzerhand wurde er wieder ausgeladen. Mit dabei sein wird dafür u.a. Dr. Sabine Jaberg von der Bundeswehr-Führungsakademie.

Die Vorlesung soll „dazu beitragen, das Nachdenken über eine angemessene Ausgestaltung der Zivilklausel zu befördern“ – so die Universität. Schulze warnt derweil vor der Etablierung einer „olivgrünen Zivilklausel“.

*Matthias Rude*



Wolfram P. Kastner Bilder gegen den Krieg [www.ikufo.de](http://www.ikufo.de)

In gekürzter Fassung erschienen in *junge Welt* am 17.10.2011 **„Ringvorlesung mit Militärs in Tübingen. Ausrichter der NATO-Sicherheitskonferenz an Uni berufen. Zivilklausel soll ausgehebelt werden“** <http://www.jungewelt.de/2011/10-17/019.php>